



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Schubert-Soldern, R. von: Die psychologische Unmöglichkeit eines sozialdemokratischen Staates

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Die psychologische Unmöglichkeit eines sozialdemokratischen Staates

Von R. von Schubert-Soldern



Die psychologische Unmöglichkeit eines sozialdemokratischen Staates darzulegen, ist kein neues Unternehmen, aber sie ist doch bisher bei allen Erörterungen dieses Gegenstandes meist im Hintergrunde abgehandelt worden, während in den Vordergrund die rein wirtschaftliche Seite trat. Auch die Zurückführung auf ihre psychologischen Grundelemente war bisher unzureichend. Wenn es nun auch nicht möglich sein wird, die psychologische Unmöglichkeit eines sozialdemokratischen Staates in einer kurzen Abhandlung ihren Grundelementen nach vollständig darzulegen, so soll hier doch der Versuch gemacht werden, einen Beitrag dazu zu liefern.

Zunächst muß ich mich jedoch dagegen verwahren, daß ich den Sozialismus im allgemeinen oder die Möglichkeit eines sozialdemokratischen Staates im allgemeinen bekämpfen wollte. Was den ersten Punkt anlangt, so ist die in den Verhältnissen begründete Berechtigung sozialistischer Bestrebungen heutzutage zu allgemein anerkannt, als daß man vernünftigerweise gegen sie ankämpfen dürfte; es kann sich hier nur um den Punkt handeln, bis zu dem die sozialistischen Prinzipien durchgeführt werden sollen. In diesem „Punkte“ liegt allerdings die ganze Schwierigkeit, die mich aber hier nichts angeht.

Was den zweiten Punkt anlangt, so will ich, wie aus dem Folgenden zu ersehen sein wird, nicht leugnen, daß ein sozialdemokratischer Staat auf niedriger Kulturstufe möglich ist. Wahrscheinlich hat sich ja das Privateigentum aus dem Gemeineigentum entwickelt, ein Prozeß, von dem bei allen Völkern Spuren vorhanden sind; daher haben wahrscheinlich einmal sozialdemokratische Zustände vorgeherrscht. Aber es scheint mir undenkbar, daß die heutige Gesellschaft

für Jahrhunderte oder Jahrtausende hinaus wieder auf eine Kulturstufe herabsinken könnte, die einen sozialdemokratischen Staat möglich machen würde.

Daß es Staaten gegeben hat, die, wenn sie auch nicht im heutigen Sinn sozialdemokratisch waren, doch vielfach von sozialdemokratischen Prinzipien geleitet erschienen, ist eine geschichtliche Thatsache; man braucht nur auf Sparta und Peru hinzuweisen. Aber sie können nicht zum Beweise dafür herangezogen werden, daß auch auf der Grundlage der heutigen Kultur ein sozialdemokratischer Staat möglich sei. Nicht nur die Helotenwirtschaft, auch der niedrige Stand der spartanischen Kultur verbietet einen solchen Vergleich. Auch erwies sich gerade der spartanische Staat trotz aller Siege als unfähig, seine Hegemonie gegenüber den andern hochgebildeten griechischen Staaten aufrecht zu erhalten, weil er entweder den andern Staaten seine sozialistischen Prinzipien hätte aufdrängen müssen, wozu er nicht die Kraft hatte, oder sie selbst aufgeben, was er nicht wollte. Schließlich verfielen aber diese Prinzipien doch dem Verfall und führten zu krasser Plutokratie.

Was aber das Inkareich in Peru betrifft, so war die große Masse des Volkes dem Inka und dem Adel gegenüber nichts weiter als eine Helotenmasse, die stumpfsinnig ihre Arbeit verrichtete; wie wenig innere Widerstandskraft dieser Staat besaß, das zeigt seine leichte Eroberung durch die Spanier. Ob sich aus diesen Zuständen auf sozialdemokratischer Grundlage eine entwicklungsfähige und dauerhaftere Kultur hätte bilden können, ist eine Frage, deren geschichtliche Lösung eben durch die spanische Eroberung unterbrochen worden ist.

Geschichtlich ist also nichts über die Möglichkeit eines sozialdemokratischen Staates im heutigen Sinn auszumachen; sie kann nur den Gegenstand rein theoretischer Erörterungen bilden. Darin liegt ja die ganze Schwierigkeit und — Leichtigkeit der Erörterungen über den Sozialismus, daß praktisch fast keine Ergebnisse für oder wider ihn vorliegen; denn auch die kommunistischen Gemeinden in Amerika können nicht als ein praktisches Ergebnis sozialdemokratischer Prinzipien angeführt werden, weil sie in einem nicht sozialdemokratischen Staate bestehen und daher die Vorteile (natürlich auch die Nachteile) eines nichtsozialdemokratischen Staates in vielen Beziehungen mit genießen.

Indem ich mich gegen die Möglichkeit eines sozialdemokratischen Staates wende, verkenne ich keineswegs die Übel des Konkurrenzstaates, die vor allem darin liegen, daß er seinem Prinzip untreu geworden ist und untreu werden mußte. Die freie Konkurrenz alles Kapitals und aller Arbeit ist zum bloßen Schein geworden, denn das kleine Kapital kann mit dem großen nicht konkurrieren und die Arbeit kann es nicht mit dem Kapital, vor allem nicht mit dem Großkapital. So werden immer mehr und mehr Existenzen von aller Konkurrenz ausgeschlossen, sie müssen ihre geistige und körperliche Arbeit unter dem Preise hingeben, sie können ihre kleinen Kapitalien immer schwieriger ver-

wenden, sie müssen sich mit desto kleineren Zinsen, mit desto kleinerem Unternehmergewinn begnügen, je kleiner ihr Kapital ist. Daher die steigende soziale Unzufriedenheit, daher der Haß gegen das Großkapital, der Haß gegen das Kapital überhaupt. Es ist keine Frage, daß, wenn sich diese Zustände immer mehr verschärfen sollten, sie schließlich zu einer sozialen Revolution führen müßten, und das ist auch die Hoffnung der Sozialdemokraten. Aber das Ergebnis einer solchen Revolution wäre auf die Dauer sicher nicht der sozialdemokratische Staat. Dieser verlangt zu seinem Bestehen eine Umwälzung aller sittlichen und zum Teil auch politischen Anschauungen, wie sie sich nicht von heute auf morgen vollziehen kann. Die Möglichkeit des sozialdemokratischen Staates vorausgesetzt, wären Jahrhunderte notwendig, damit sich ein solcher Umschwung aller Ansichten vollziehen könnte. Auch die heutigen Sozialisten selbst würden sich in einem Staate nicht heimisch fühlen können, dessen Konsequenzen Beschränkung der Individualität und Zerstörung ihres Heimbodens, der Familie wären. Es ist nicht dasselbe, sich theoretisch und sich praktisch in den sozialdemokratischen Staat hineinzuleben.

Ist es denn aber auch wirklich notwendig, um jenen Übeln eines kapitalistischen Staates vorzubeugen, einen rein sozialdemokratischen Staat zu schaffen? Sollten sich diese Übel nicht heben lassen durch Einschränkung des Großkapitals zu Gunsten des Arbeitslohnes und des Kleinkapitals? Es ist das eine wirtschaftliche Frage, die vielleicht nur durch praktische Versuche allmählich wird beantwortet werden können, und die nur theoretisch zu erörtern hier nicht der Ort ist. Aber soviel scheint doch festzustehen, daß das, was notwendig ist, um einem Menschen die materiellen Grundlagen für seine Zufriedenheit zu liefern, nur so viel materielle Güter sind, daß seine geistige und leibliche Gesundheit gewahrt bleiben. Über den Umfang dieser Begriffe mag Streit herrschen, aber es ist noch nicht erwiesen, daß er so sehr erweitert werden müßte, um die sozialdemokratischen Forderungen in sich zu fassen. Dazu müßten die Sozialdemokraten erst nachweisen, daß die leibliche und geistige Gesundheit der Bürger nur in einem sozialdemokratischen Staate volle Berücksichtigung finden könnte. Aber die Sozialdemokraten verwechseln die materiellen Güter mit der Glückseligkeit, sie übersehen, daß eine gleichmäßigere Verteilung der materiellen Güter nicht dasselbe ist wie eine gleichmäßigere Verteilung der Glückseligkeit. Sie fordern jene gleichmäßigere Verteilung nicht bloß aus Menschenliebe, sondern zum Teil aus Neid und Haß. Sie wollen nicht jedem so viel verschaffen, als er zur materiellen Unterlage seiner Zufriedenheit nötig hat, sie wollen jedem so viel verschaffen, daß er bei der Vergleichung mit andern keinen Neid in sich entstehen fühlt. Einen Unterschied in dieser Verteilung soll nur die Arbeit machen; wer nicht arbeitet, soll nicht genießen können. Es ist klar, daß dieses Gefühl des Neides, die Vergleichung mit andern notwendig seine Spitze gegen den sozialdemokratischen Staat selbst kehren muß.

Jedenfalls können die Sozialdemokraten die Berechtigung ihres Staates nur dadurch darlegen, daß sie beweisen, daß die höchste mögliche Zufriedenheit der Menschen nur auf der Grundlage sozialdemokratischer Prinzipien möglich sei. Aber die Sozialisten sind Materialisten, ihre Lehre ist das Ergebnis der naturwissenschaftlichen Anschauungen unsrer Zeit, sie kennen nur ein Glück, das meßbar ist wie Tuch mit der Elle. Sie vernachlässigen fast vollständig die psychologische Seite des Menschen, und wo sie sie betonen, ist sie ihnen nur Mittel, nie Ziel.

Diese psychologische Seite des Menschen soll nun im Folgenden nach ihrer Verträglichkeit mit dem sozialdemokratischen Staate betrachtet werden. Dabei wird fünferlei zu beachten sein: die Vergleichungsgefühle, das Streben nach Selbständigkeit, der Egoismus, der Begriff des Bedürfnisses und der Ehrgeiz.

Man spricht so oft von der Berechtigung dieser oder jener Forderung, ohne auch nur im geringsten den Begriff der Berechtigung zu untersuchen. Wo die Berechtigung ihre Begründung in einem positiven Gesetz findet, ist ihr Begriff klar, aber ihr Begriff wird sofort unklar, wo dieser positive Grund fehlt. Nimmt man ein Naturrecht an, dann allerdings scheint die Berechtigung wieder einen Sinn zu gewinnen, aber doch nur deshalb, weil nun die Unklarheit auf das Naturrecht zurückgeschoben wird. Daß das Naturrecht nicht feststeht, beweisen die verschiedenen Systeme des Naturrechts, die sich jetzt überlebt haben. Was aber den Inhalt der Naturrechts meistens auszumachen pflegte, waren jene Grundbedürfnisse der menschlichen Natur, ohne die menschliches Glück und menschliche Zufriedenheit in der Gesellschaft nicht denkbar sind. Die Forderungen, jene Bedürfnisse zu befriedigen, Störungen davon zu verhüten, erschienen als Forderungen der menschlichen Natur, als Naturrecht. Man kann aber hier nicht von einem Recht reden, sondern nur von einer Forderung der Natur; Recht folgt nur aus einer Rechtsnorm, nicht aus einem Naturgesetz, sonst könnte man auch von einem Rechte des Steines zu fallen reden. Auch die Sozialdemokratie nimmt nun meist Berechtigung und Recht in Anspruch im Sinne einer Forderung der menschlichen Natur und ist insofern idealistisch Verfechterin der Menschenrechte, die ihr dazu dienen, ihren Materialismus zu verklären. Ich kann hier nicht die Unklarheit und Dehnbarkeit des Begriffes der Menschenrechte darlegen und will daher nur darauf hinweisen, daß, wo keine positive Norm vorhanden ist, man sich nicht damit begnügen kann, zu behaupten, etwas sei Recht, sondern doch wenigstens angeben muß, weswegen etwas Recht sei, welches Ziel ein solches Recht und aus welchem Grunde es dieses Ziel verfolge. Die Sozialdemokratie kann als Ziel und als Grund ihrer „berechtigten“ Forderungen nur die allgemeine Glückseligkeit anführen. Die allgemeine Glückseligkeit ist nun ein Begriff, der an Unklarheit nichts zu wünschen übrig läßt, denn sowohl über die Mittel als über den Inhalt der allgemeinen Glückseligkeit ist die Menschheit niemals einig gewesen.

Wenn aber auch in Beziehung auf die positive Fassung des Begriffes Glückseligkeit keine Einigkeit herrscht, so ist man doch im einzelnen ziemlich einig darüber, was die Glückseligkeit nicht ausmachen kann. Das ist es aber nur, was ich brauche, um nachzuweisen, daß der sozialdemokratische Staat auf Grundlage der menschlichen Natur jene allgemeine Glückseligkeit noch weniger erreichen kann, als der heutige Staat. Und dieses will ich nachzuweisen suchen auf Grund jener fünf Seiten des menschlichen Wesens.

Es ist schon darauf hingewiesen worden, daß die Sozialdemokratie mit dem Prinzip der allgemeinen Menschenliebe nicht ausreicht; diese kann nur das möglichst große Wohlbefinden des Einzelnen fordern, dies ist aber nicht gleichbedeutend mit einer gleichmäßigen Verteilung der materiellen Güter nach dem alleinigen Maßstabe der Arbeit. Das Wohlbefinden des Einzelnen erfordert eine materielle Unterlage, aber diese macht nicht alles aus. Deswegen bedient sich die Sozialdemokratie eingeständenermaßen noch anderer Beweggründe, um ihre Prinzipien anzuempfehlen: es sind das die des Neides und Hasses, überhaupt die Vergleichungsgefühle, d. h. jene Gefühle, die auf einer Vergleichung des eignen Zustandes mit dem anderer beruhen. Es giebt Leute, und ihre Zahl ist nicht gering, die sich recht glücklich fühlen könnten, aber das vermeintliche oder wirkliche größere Wohlbefinden anderer läßt sie nicht ruhen, erzeugt eine Unzufriedenheit in ihnen, die ihnen ihren eignen Zustand vergällt. Bebel sagte in seiner als Wahlaufruf in Leipzig abgedruckten Reichstagsrede vom 20. Mai 1889: „Die Unzufriedenheit ist die Mutter alles menschlichen Fortschrittes.“ Er hat Recht, aber man kann das nur von jener Unzufriedenheit sagen, die auf tatsächlichen unleidlichen Verhältnissen beruht, nicht aber von der, die eine Vergleichung des Guten mit dem Bessern zur Grundlage hat und das Gute des Bessern wegen nicht aufkommen läßt. Auch diese ließe sich noch rechtfertigen, obschon sie ein zweischneidiges Schwert ist, wenn nur das Bessere immer zu erreichen wäre. Auch das Unglück stählt und läutert den Menschen, soll man deswegen das Unglück künstlich erzeugen? Es wird sich schon von selbst einfinden, und die Unzufriedenheit auch.

Aber dieses Streben, stets seinen Zustand mit dem Zustand anderer zu vergleichen, durch Haß und Neid eine Ausgleichung des Wohlbefindens aller zu bewirken, müßte sich im sozialdemokratischen Staate, seine Möglichkeit vorausgesetzt, gegen ihn selbst kehren. Oder glaubt man, nachdem man jene Vergleichungsgefühle lange Zeit künstlich genährt hat, ihnen im sozialdemokratischen Staate plötzlich Halt gebieten zu können? Glaubt man von oben herab anordnen zu können: Von nun an hat keiner sein Wohlbefinden mit dem anderer zu vergleichen, aller Neid hat aufzuhören, und an seine Stelle muß von nun an die Menschenliebe treten? Oder glauben die Sozialdemokraten, in ihrem Staate würde aller Anlaß zur Unzufriedenheit fehlen? Auch nur die oberflächlichste Kenntnis der menschlichen Natur müßte dem widersprechen,

Nehmen wir an, die Verteilung der äußern Glücksgüter würde streng nach dem Maßstabe der Arbeit durchgeführt; nehmen wir selbst an, was manche Sozialdemokraten nicht wollen, es fände nicht nur die Arbeitsmenge, sondern auch ihr Wert für die allgemeinen Ziele der Gesellschaft seine volle Berücksichtigung, und diese Grundsätze der Lohnung der Arbeit würden mit der makellossten Unparteilichkeit durchgeführt: nur die vollständigste Unkenntnis der menschlichen Natur könnte dann glauben, den Anlaß zu aller Unzufriedenheit aus der Welt geschafft zu haben. Mag ein Mensch noch so unparteiisch in Beziehung auf andre sein, sich selbst wird er stets partiisch beurteilen, und nur in den seltensten Fällen wird diese Parteilichkeit zu seinen Ungunsten ausfallen. Daher ist auch jeder Mensch nur zu geneigt, in jeder noch so unparteiischen Beurteilung seiner selbst durch andre eine Beeinträchtigung seiner Verdienste zu Gunsten anderer zu sehen. Wie der sozialdemokratische Staat durch den Neid geschaffen wäre, würde er auch durch den Neid wieder zu Grunde gehen. Die in ihren tiefsten Tiefen aufgeregten Vergleichungsgefühle eines jeden würden jedes Mehr an Gütern, das der andre besitzt, als eine Beeinträchtigung ihrer selbst fühlen, als eine Verkennung ihrer Verdienste. Und sie hätten von ihrem Standpunkt aus gar nicht so Unrecht. Jeder leistet so viel, als er seiner körperlichen, geistigen und vor allem sittlichen Beschaffenheit nach leisten kann. Daß der Fauler faul ist, liegt in seiner geistig-sittlichen Beschaffenheit und ihrem physischen Grunde. Was kann er dafür, daß er faul ist? Weswegen soll er dafür darben, daß er seiner ganzen Natur nach nicht anders als faul sein kann, wie andre ihrer Natur nach thätig sein müssen? Hebt man also den Begriff des Verdienstes auf, dann hat der Fauler das Recht, faul zu sein; begründet man aber diesen Begriff auf irgend eine Art, dann wird jeder finden, daß er ein größeres Verdienst habe, als ihm zuerkannt wird, und wenn das Verdienst das Hauptprinzip der Verteilung der Güter ist, dann wird sie niemand als unparteiisch anerkennen, und Neid und Haß werden das Ergebnis des rein auf dem Verdienst aufgebauten Staates sein. Es kann kein Staat bestehen, worin nicht der bei weitem überwiegende Teil seiner Bürger gelernt hat, sich mit seinem Teil zufrieden zu geben, mag er auch nach seiner Meinung unter seinem Verdienste sein, wenn er ihm nur die zur leiblichen und geistigen Gesundheit notwendigen Mittel bietet. Das Verdienst zum Maßstab der Güterverteilung zu machen, wird immer eine psychologische Unmöglichkeit sein.

Und nun bedenke man, daß in einem sozialdemokratischen Staate wie in jedem andern die Abschätzung des Verdienstes eines jeden nicht unparteiisch sein würde, daß aber infolge der gegenseitigen Kontrollirung*) jeder

*) Da es eine unmögliche Aufgabe für die Staatsorgane wäre, die Arbeit eines jeden zu kontrolliren, so sollen diese nämlich im sozialdemokratischen Staate durch eine allgemeine gegenseitige Kontrollirung unterstützt werden.

darauf angewiesen wäre, sich stets mit den andern zu vergleichen, und man wird ermessen können, welche Unmasse von Neid- und Haßgefühlen dadurch erzeugt werden müßten. Dazu kommt noch, daß der sozialdemokratische Staat, wie gesagt, zum Teil durch den Neid und Haß gegen Mehrbesitzende entstanden gedacht werden müßte, daß also diese Gefühle von vornherein vorherrschen würden oder wenigstens gestärkt erscheinen müßten. Unter diesen Umständen wäre eine ruhige Entwicklung ganz undenkbar, der sozialdemokratische Staat wäre zerrissen durch Parteien, und die Bürger, die sich in ihrem Verdienst benachteiligt glaubten, würden auf eine Umwälzung der bestehenden Staatsordnung hinarbeiten.

Also: entweder der sozialdemokratische Staat müßte die Macht haben, jene Vergleichungsgefühle nicht bloß äußerlich, sondern auch innerlich (psychisch) zu unterdrücken, oder er müßte jeden Anlaß hinwegräumen können, der ihnen Nahrung bieten könnte. Weder das eine noch das andre ist denkbar.

Ein zweites, was dem sozialdemokratischen Staate entgegenarbeiten würde, ist das Streben nach Selbständigkeit, das jeder Mensch bis zu einem gewissen Grade besitzt. Die Selbständigkeit wurzelt darin, daß man eigne Ziele hat und sie verfolgen kann. Wer keine eignen Ziele hat, ist keine selbständige Natur, wer sie nicht verfolgen kann, ist in seiner Selbständigkeit unterdrückt. Man kann seine Selbständigkeit auch wahren, wenn man die Ziele anderer unterstützt, aber dann muß man sie zu eignen gemacht haben, man muß ein eignes Interesse für die Ziele anderer haben; denn wer die Ziele anderer unterstützt, weil er muß oder auch nur, weil er selbst keine Ziele hat (keine selbständige Natur ist), ist unselbständig.

Aber die Selbständigkeit hat auch ihre wirtschaftliche Seite; es kann niemand selbständig sein, der wirtschaftlich unselbständig ist. Daher setzt die Selbständigkeit Privateigentum voraus, und zwar ein Privateigentum, das die leibliche Existenz auf so lange Zeit hinaus sichert, als es eigne Ziele erfordern; mit andern Worten: es setzt Kapital voraus. Die Sozialdemokraten behaupten zwar, daß jeder (der tüchtig arbeitet) in ihrem Staate in kurzer Zeit so viel erwerben würde, daß er die übrige Zeit seines Lebens davon leben könnte. Dies setzt aber voraus, daß jetzt eine große Anzahl von Leuten nicht arbeitet, die dann arbeiten müßte, um zu leben, und daß dadurch eine solche Menge von Produkten erzeugt werden würde, daß die Existenz aller auf Jahrzehnte hinaus gesichert erschiene. Wird nun unter Arbeit auch geistige Arbeit verstanden, dann ist jene Behauptung offenbar falsch; wird geistige Arbeit nur in beschränktem Maße als Arbeit aufgefaßt, dann erschiene jede geistige Fortentwicklung unterbunden. Nur dadurch ist eine geistige Fortentwicklung im höhern Sinne möglich, daß es eine Menge von Menschen giebt, die nicht „arbeiten“ müssen. Würde gerade der Jugend vorzugsweise die physische Arbeit vorbehalten sein, dann würde jedem jene geistige Durchbildung fehlen,

die nur in der Jugend zu erlangen ist und die die notwendige Grundlage des geistigen Fortschritts bildet. Man kann nun zwar sagen, daß von vornherein ein Teil der Jugend zur physischen, ein kleinerer zur geistigen Arbeit bestimmt werden könnte. Aber läge darin nicht eine furchtbare Beschränkung der Selbständigkeit, nach irgend welcher Schablone zu bestimmen, welchem Berufe sich einer zu widmen habe? Wollte man es aber jedem überlassen, welchem Berufe er sich zuwenden will, dann müßte dies im sozialdemokratischen Staate zu den größten Unzuträglichkeiten führen, zu großem Überfluß an Ausgebildeten in dem einen, zu großem Mangel in dem andern Berufe, gerade so wie es heutzutage der Fall ist, es würde eine Menge von Leuten geben, die arbeitslos sind.

Aber auch noch in einer andern Beziehung würde der sozialdemokratische Staat mit dem Selbständigkeitstrieb in Kampf geraten. Die Pflegstätte des Individualismus ist die Familie; nur in der Familie kann sich der Einzelne nach seinen Anlagen und Interessen zu einer selbständigen Persönlichkeit entwickeln, weil allein in der Familie jene Anlagen und Interessen volle Berücksichtigung und sorgsame Pflege finden können. In der Welt schleift sich der Charakter ab, der Einzelne lernt seine Individualität so weit abstreifen, als es zum Zusammenleben mit andern notwendig ist und die Ziele der Gesellschaft es fordern. Der Einzelne wird in der Welt nicht als Individuum berücksichtigt, seine eignen Ziele und Pläne werden nicht gefördert, außer insofern sie eine Förderung der Ziele andrer und der Gesellschaft in sich enthalten.

Die Familie fordert nun an sich nicht gerade Kapital, sondern nur Privateigentum, das nicht verzinslich zu sein braucht, aber sie muß notwendig das Streben zur Kapitalbildung haben. Denn so wie die Familie nur dadurch möglich ist, daß sie sich wirtschaftlich selbständig macht, so muß auch in ihr das Bestreben der Eltern herrschen, ihre Kinder selbständig zu machen, wie sie es selbst sind. Das ist aber sehr schwer möglich ohne Kapital; nur wer von seinen Zinsen leben kann, ist nicht nur für sich, sondern auch in seinen Nachkommen selbständig, weiß seine Nachkommen wirtschaftlich gesichert, kann seinen Kindern die Berufswahl in ausgedehnterem Maße überlassen; Eigentum dagegen, das keine Zinsen trägt, ist bald aufgezehrt und würde den Kindern, seine Erbschaft vorausgesetzt, niemals jene Selbständigkeit gewähren können wie Kapitaleigentum. Die Familie wird daher notwendig nach Kapitaleigentum streben, weil sie nach möglichster Selbständigkeit strebt. Die Familie ist nicht das Element des Staates, sie ist vielmehr die individualistisch notwendige Beschränkung der Allgewalt des Staates. Deswegen sind auch die Sozialdemokraten heimlich oder offen (in der Theorie) Feinde der Familie, sie wissen recht gut, daß in ihr der Trieb nach Selbständigkeit großgezogen wird, daß dieser zum Kapitaleigentum treibt und somit den sozialdemokratischen Grundsätzen widerspricht.

Der Trieb nach Selbständigkeit aber, d. h. der Trieb, seine eignen Ziele verfolgen zu können, bedarf wirtschaftlicher Selbständigkeit. Dieser Trieb wird aber vor allem aufgezogen in der Familie. Wenn nun auch die Familie zu ihrem Bestehen nicht des Kapitaleigentums, sondern nur des Privateigentums bedarf, so muß sie doch das Bestreben nach Gründung eines Kapitaleigentums begünstigen. Überhaupt ist volle wirtschaftliche Selbständigkeit und daher Selbständigkeit überhaupt erst da vorhanden, wo das Privateigentum, von dem man lebt, in seiner Größe erhalten bleibt, indem der Verbrauch durch den erzielten Gewinn immer wieder ersetzt wird, denn nur in dieser Form bietet es mir die Gewähr, mich und meine Nachkommen ständig zu erhalten und von andern so unabhängig als möglich zu machen. Wo ich aber in meiner Arbeit nur darauf angewiesen bin, daß mich mein Arbeitgeber, und sei es der Staat selbst, lohnt, erscheine ich immer abhängig in der ganzen Art und Weise meines Wirkens und Lebens, muß mich nach den Zielen und Plänen meines Arbeitgebers richten. Da aber im sozialdemokratischen Staat die Organisation der Arbeit fest und einheitlich sein müßte, wenn nicht die bodenloseste Verwirrung entstehen soll, so würde der Einzelne sehr wenig Spielraum zu seiner Individualität haben und sich in das feste Gefüge sozialer Arbeitsteilung unbedingt fügen müssen. Der Einzelne müßte nach jener Schablone arbeiten und leben, die von den leitenden Persönlichkeiten aufgestellt worden wäre, ohne im geringsten seinen eignen Ideen folgen zu dürfen; denn wollten alle oder auch nur viele nach ihren eignen Ideen arbeiten, so wäre bald eine gemeinschaftliche Arbeit, wo die Arbeit des einen rechtzeitig in die des andern eingreift, unmöglich. Der sozialdemokratische Staat müßte also die Selbständigkeit im Arbeiten und im Leben möglichst beschränken, einmal um Arbeit nach einem großen gemeinschaftlichen Plane zu wege zu bringen, das andermal um den Trieb nach Kapitalbildung zu ersticken.

Über den Trieb nach Kapitalbildung möchte ich noch einiges hinzufügen. Man könnte ja einwenden, daß es zur Erlangung der Selbständigkeit genüge, so viel Arbeit geleistet und dadurch so viel Anweisungen (Arbeitsbons)*) auf gemeinschaftliche Produkte erworben zu haben, daß man den Rest seines Lebens davon leben könne, ohne arbeiten zu müssen. Abgesehen davon, daß einem dann höchstens selbständig zu faulenzeln, aber nicht zu wirken freistünde (denn jede produktive Arbeit könnte nur durch und für die Gemeinschaft geschehen), so müßte ein solches Privateigentum schließlich zur Kapitalisierung führen. Denn mit diesem Privateigentum wäre die Möglichkeit des Gelbleihens, der Besteckung und Beeinflussung und auch der Produzierung auf eigne Kosten gegeben.

*) Die Sozialisten wollen das Geld durch Arbeitsbons auf gebuchte Arbeitsleistungen ersetzen; gegen diese Anweisungen könnte man ihrem Werte entsprechend aus dem sozialen Warenvorrat erwerben, was man wollte.

Wäre das Zinsnehmen und Zinsgeben auch noch so streng verboten, so würden sich doch immer Leute finden, die Geld (Arbeitsbons) brauchen und dafür Zins zahlen oder Leistungen gewähren würden, und zwar heimlich, um sich die Quelle nicht zu verstopfen, aus der sie schöpfen. Würde es aber mit der Zeit eine genügende Anzahl von geheimen Zinsnehmern und Zinsgebern geben, dann wären sie auch imstande, einen solchen Einfluß auszuüben, daß das Zinsnehmen bald öffentlich erlaubt wäre. Wäre es also erlaubt, Privateigentum, mehr als zum unmittelbaren Gebrauche notwendig ist, anzusammeln, so wäre die schließliche Kapitalisierung kaum zu vermeiden; ohne ein solches Privateigentum wäre aber der Einzelne nichts mehr als ein willenloses Glied im Getriebe der Staatsmaschine.

Entweder also der sozialdemokratische Staat unterdrückt den Selbständigkeitstrieb bei seinen Bürgern nicht, dann werden sich die selbständigsten Köpfe bald der Leitung des Staates bemächtigen und ihn über kurz oder lang dahin führen, wohin sie der Selbständigkeitstrieb ziehen wird, nämlich zur Schaffung eines Kapitals, um durch dieses andre zu beherrschen und selbst unabhängig zu sein. Natürlich werden sich alle selbständigen, findigen Köpfe unter einander abfinden müssen, um stark genug zu sein, die unselbständigen zu unterdrücken und zu kapitalisieren, d. h. für sich arbeiten zu lassen. Oder aber der sozialdemokratische Staat unterdrückt alles selbständige Streben, preßt alle gleichmäßig in die soziale Zwangsjacke, dann wird er innerlich versumpfen und verfaulen. Denn da die Masse des Volkes keine Selbständigkeit des Strebens haben wird, woher soll sie ihren Leitern kommen, die aus ihr hervorgehen, die in der Schule der Unselbständigkeit gedrillt worden sind? Der sozialdemokratische Staat wäre dann eine bloße Maschine ohne jede psychologische Triebkraft, deren Bestandteile sich allmählich abnutzen und verrosten würden, ohne daß jemand da wäre, der die Maschine verstünde, sie ausbessern oder gar verbessern könnte.

Sollte aber die Selbständigkeit des Wirkens den Leitern des Volkes gewahrt bleiben, ohne daß sie das Volk selbst besäße, dann wäre die Masse des Volkes eine Masse von Sklaven gegenüber einer alles beherrschenden kastenartig abgeschlossenen Bürokratie, die allein das Privilegium hätte, denkend zu handeln. Diese Bürokratie müßte kastenartig abgeschlossen sein, weil sie sich nicht aus dem Volke ergänzen könnte, ohne im Volke ein selbständiges Denken und Handeln erzeugt zu haben. Dann würde also die Sozialdemokratie zur Sklaverei des Volkes, zu seiner vollständigen Unterdrückung führen; dies wäre der wahrscheinlichste Fall, weil, wie gesagt, zu gemeinschaftlicher Arbeit eine stramme Disziplin notwendig wäre, also eine starke Herrschaft der Verwaltungsbehörden, wenn nicht heillose Verwirrung und ewiger Zank und Streit überhaupt jedes gemeinschaftliche Wirken unmöglich machen sollte.

Es ist nun höchst unwahrscheinlich, daß in einem sozialdemokratischen

Staate der zweite der genannten Fälle eintreten würde, denn dieser wäre gleichbedeutend mit einer Selbstvernichtung: ein Staat, der alle Selbständigkeit des Denkens und Handelns vernichten wollte, würde schließlich sich selbst als Staat unmöglich machen. Es würde also wahrscheinlich der erste oder der dritte Fall eintreten; der dritte Fall hat die größere Wahrscheinlichkeit. Das Volk als große Masse der Bevölkerung hat nie selbständige Ansichten gehabt, sondern hat sich stets der Leitung selbständiger Naturen überlassen, derart, daß es ohne eine solche Leitung stets machtlos war. Es wäre auch nicht zu erklären, warum sich die große Menge so oft in der Geschichte die Tyrannei eines Einzelnen hätte gefallen lassen, um gewisse Ziele zu erreichen, die dieser Einzelne oder andre Einzelne vorgezeichnet hatten, wenn es nicht ihr unklares Gefühl gewesen wäre, daß sie ohne eine solche Leitung überhaupt nichts erreichen könnte. Schon jetzt herrscht unter den Sozialdemokraten eine stramme Parteidisziplin, die sich in einem sozialdemokratischen Staate noch steigern müßte, wenn die große Masse etwas zustande bringen sollte. Es liegt aber, sagen wir, in der Unvollkommenheit der menschlichen Natur, daß die, die herrschen, sich auf Kosten der Beherrschten gewisse äußere Vorteile zu sichern und die Beherrschten in ihrer Unterthänigkeit zu erhalten streben, und damit wäre der Entwicklungsgang des sozialdemokratischen Staates vorgezeichnet.

(Schluß folgt)



Geschichtsphilosophische Gedanken

10



enn wir Heutigen uns nach realen Grundlagen für eine Staatenbildung umsehen, so denken wir gewöhnlich zunächst an die Nationalität. Den Menschen des frühern Mittelalters lag dieser Gedanke fern. Nur sehr langsam ging die Bildung der romanischen Nationen und ihre Abgrenzung gegen die rein deutsch bleibenden Stämme diesseits der Alpen und Vogesen vor sich. Im Jahre 842 war es das erstemal, daß sich beim Abschluß eines Vertrages zwischen Ludwig dem Deutschen und Karl dem Kahlen Deutsche und Franzosen als anderssprachige Völker gegenübertraten. Lange noch wurde die langsam sich erhebende Scheidewand der Sprache durch das Volapük jener Zeit, das Lateinische, dessen sich die Gelehrten und Staatsmänner auch dann noch bedienten, als sie nicht